

meindenerwartungen durch die zentralisierte Reichsgewalt im Sinne der Trüppolitik.

Die Sozialdemokratie, die noch auf der Ländereinführung durch den Ministerpräsidenten Braun für die schnelle Schaffung des zentralisierten Einheitsstaates eintrat, hat inzwischen eine Schwelung vorgenommen. Serner hat in einem programmatischen Aufsatz im Vorwärts offen erklärt, daß die Schaffung des Einheitsstaates eine Frage von Generationen sei.

Aus alledem ist ersichtlich, daß als Vertreterin des Einheitsstaatsgedankens in Deutschland, als die Hüterin proletarischer Politik nur die kommunistische Partei angesehen werden kann. Partikularismus ist immer ein Vorzeichen der Gegenrevolution. Ebenso entschieden wie die Arbeiterklasse den Einheitsstaat des Trüppolitkapitals bekämpfen muß, ebenso entschieden muß sie alle Kräfte einengen für die Verbeugung des proletarischen Einheitsstaates, der kein anderer sein kann, als die deutsche Sowjetrepublik. Alle Erweiterungen der proletarischen Positionen, die in dieser Linie verlaufen, müssen rückwärtslos verfochten werden. Hierzu gehört in erster Linie das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden und der Kampf gegen jede Stärkung der diktatorischen Zentralgewalt des Trüppolitkapitals. Der Kampf um den Einheitsstaat ist nicht eine besondere Aufgabe, die das Proletariat zu erfüllen hat, die etwa losgelöst wäre aus dem Gesamtkomplex des Klassenkampfes. Auch der Kampf um den Einheitsstaat muß geführt werden als Kampf gegen die Bürgerblockpolitik und gegen das Trüppolitkapital. In Sachen muß die Arbeiterklasse die deutschnationalen Partikularisten, die südhilfen Bazille und Eberle vor den breiten Massen der Bevölkerung enttarnen als die Feinde der arbeitenden Klasse und die hartnäckigen Begleiter der Reaktion.

Die Landtagsdebatte im Sächsischen Landtag hat bewiesen, daß die Arbeiterklasse den Kampf für die Auflösung dieses Landtages und für den Sturz der Bürgerblockregierung unter allen Umständen und mit allen Mitteln auf das energischste vorantreiben muß, wenn sie in Zukunft in nicht noch größere politische und wirtschaftliche Knechtschaft gezwungen werden soll.

National-Sozial

Der Bezirkstag der NSD

Im Wahlkreis Ost wurden am Sonntag die Nationalsozialisten. Das Hauptthema hatte zu diesem Tage Reichs übernommen. Seine Ausführungen brachten nicht viel Neues. Sie beschränkten sich im wesentlichen auf die zur Genüge bekannten programmatischen Erklärungen. Reich erklärte die Ideen der NSD als neue Erfindungen innerhalb der Arbeiterklasse. Er betonte das unbedingte Bekenntnis zur Nation, das Bekenntnis zur Wehrhaftigkeit. Neu sind diese Dinge nicht. Die Nationalsozialisten, die Hitlerbanden haben sie selbst in der Neuzeit eher betont als die KPD. Dann aber war in der Krisezeit der Arbeiterbewegung die nationale Befangenheit der Arbeiter das stärkste Hemmnis für die Entwicklung der proletarischen Bewegung. Der Kampf unserer Arbeiter, die große Erkenntnis, die sie den Arbeitern gegeben, das war auch die Erkenntnis der Notwendigkeit des internationalen Zusammen schlusses der Arbeiter. Die Ausführungen Reichs zeigen aber wieder einmal die enge Geistesverwandtschaft zwischen der NSD und der eigentlichen KPD-Führung. Reich erklärte am Sonntag: „Unsere Politik bedeutet eine Verschmelzung der wertvollen nationalen und sozialen Elemente unserer Zeit.“ Serner erklärte im Potsdamer Wahlkampf: „Wir Sozialdemokraten sind sozial und national.“

Reichs verkündete auf der Bezirkstagkonferenz die Beteiligung der NSD an der Reichstagswahl. Die aufgelisteten Kandidaten werden im zeitigen Volkswahl noch nicht mitgeteilt. Im Bezirksbericht wurde mitgeteilt, daß die NSD gewonnen sei. Zahlen über das Verhältnis werden vorläufigermaßen nicht genannt. Zur Sachpolitik nahm die NSD-Konferenz eine Entscheidung an, daß das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium unter allen Umständen aufrechterhalten werden soll.

Die Konferenz achtet die ganz klare Entwicklung der NSD zum Nationalsozialismus. Zum Vorhanden wurde Reichs gewählt.

Die Reichstagskandidaten der SPD in Ostpreußen

Die Sozialdemokratische Partei, Bezirk Ostpreußen, hielt am Sonntag einen Bezirkstag ab. Der gestern veröffentlichte öffentliche Bericht der Volkspolizei ist außerordentlich spärlich. Es wird dort zwar erzählt, daß die SPD gewonnen sei, daß Hermann Fleischner ein Referat über die politische Lage gehalten, ein Bericht darüber, was geklungen wurde, welche Linie der Politik eingeschlagen wird, liegt aber noch nicht vor. Mitgeteilt wird noch, daß Arzt nicht mehr Bezirksvorsitzender ist, sondern Oskar Edel dazu gewählt wurde. Arzt fühlt sich zu sehr belastet, das Bestreben der SPD geht dahin, Arzt nach Berlin zu senden, deswegen hat man ihn auf die Reichstagsliste an vorgelegter Stelle gesetzt.

Die Reichstagsliste, die auf dieser Konferenz aufgestellt wurde, hat man gestern veröffentlicht. Die Spitze haben die beiden Unentschiedenen, Fleischner und Toni Sender. Ein dritter und vierter Stelle stehen Richard Schmidt, der Amtshauptmann von Meisen, und Hermann Krähig, Berlin. Beide Kandidaten sind ausgesprochene Vertreter rechter Parteivorstandspolitik. Es ist sehr bezeichnend für die „Linken“ in Sachsen, daß sie durch alle Schwankungen und Schwelungen hindurch diese beiden Rechten immer wieder an die vordersten Stellen auf die Reichstagsliste bringen. Dann folgt Schirmer, und nach ihm Arzt. Die bisherige Abgeordnete Dr. Stegmann folgt diesmal an sechster Stelle.

Bezeichnend ist, daß man Arzt, der solange in der Berufung verschwunden war, wieder hervorholt. Er soll nochmal das Rennen führen. Arzt hatte einen guten Namen bei der Arbeiterklasse. Jetzt, wo er lange geschwiegen, wo man glaubt, daß seine kläffige Haltung in manchen Kreisen vergessen, soll er wieder zur Führung der Arbeiter benutzt werden. Er ist ohne Zweifel der radikalste Vorkämpfer, absolut hemmungslos in agitatorischen Redensarten und hemmungslos im Verriet alles dessen, was er in den Versammlungen versprochen.

Die KPD-Kandidaten im Leipziger Bezirk

Im Bezirk Westpreußen wurde auf einer am Sonntag tagtägung der Bezirkskonferenz folgende Reichstagswahlhilfe aufgestellt:

- Schumann, Georg, Redakteur, Leipzig
- Köhler, Paul, Schriftsteller, Berlin
- Neuber, Walter, Metallarbeiter, Bennewitz
- Wintzer, Klara, Arbeiterin, Leipzig
- Fogelmann, Bauarbeiter, Wittweida
- Höner, Otto, Schriftführer, Leipzig
- Boog, Lokomotivführer, Leipzig
- Schäfer, Otto, Bauarbeiter, Leipzig
- Wochmann, Hugo, Bergarbeiter, Epenhain b. Born
- Wille, Richard, Straßenbahnführer, Leipzig
- Bräuner, Georg, Lehrer, Leipzig
- Walter Alfred, Gemeindeführer, Riesa.

Die Wahlen in Potsdam

Stärkung des Bürgerblocks durch die SPD

Die Ergebnisse der Stadtverordnetenwahlen in Potsdam am 1. März 1925 zeigen gegenüber der Wahl vom 16. März 1924 einen erheblichen Stimmenzuwachs der Sozialdemokratischen Partei auf, während alle übrigen Parteien mehr oder weniger erhebliche Verluste zu verzeichnen haben. Die kommunistische Partei hat einen Verlust von 699 Stimmen, die Deutschnationale Partei einen solchen von 817 Stimmen, während die SPD 6063 Stimmen gewonnen hat. Aber der Vergleich der Stimmenergebnisse der beiden Wahlen gibt kein zureichendes Bild über die politische Entwicklung in Potsdam. 1924 erlitt die SPD infolge ihrer Koalitionspolitik im Reich und ihrer Zustimmung zu den Ermächtigungsgesetzen eine unehrer Niederrate. Sie verlor gegenüber der Wahl von 1919 mehr als die Hälfte ihrer Stimmen, indem sie nur noch 3828 Stimmen aufbrachte. Dagegen erhielt die KPD einen außerordentlichen Erfolg mit ihren 2290 Stimmen, der zum Teil den Auswirkungen der Inflation und ihrem damaligen starken Einfluß in den Gewerkschaften und der Erwerbslosenbewegung zu schreiben war. Während die SPD bei den nachfolgenden Wahlen zum Reichstage am 4. Mai und 7. Dezember ihre Stimmen auf 4602 resp. 8938 steigerte, vermehrte die KPD ihre Stimmen wohl bei der Wahl vom 1. März 1924 (2144) noch einigermaßen zu halten, wogegen sie bei der Dezemberwahl nur noch 1437 Stimmen erhielt. Es entspricht dieser Rückgang dem Rückgang, den die Partei allgemein bei diesen Wahlen erlitt. Bei der Präsidentschaftswahl im März 1925 ging sogar die Stimmzahl auf 99 zurück, während die SPD ihre Stimmzahl auf 9217 steigerte. Bei den Deutschnationalen war die Entwicklung folgendermaßen: Stadtverordnetenwahl im März 1924: 11.662 Stimmen, Reichstagswahl Mai 1924: 19.218 Stimmen, im Dezember: 17.179, jetzt bei der Stadtverordnetenwahl: 11.352, bei der die SPD 8891, die KPD 1500 Stimmen erhielt. Die SPD hat gegenüber der Reichstagswahl im Dezember 1924 einen Gewinn von 953 Stimmen, die KPD einen Gewinn von 145 Stimmen.

Die SPD verlor durch das Wahlergebnis als eine große Niederlage der Deutschnationalen und als einen „Sieg der roten Fahne“ hinzustellen. Das ist aber eine bewusste Täuschung der Deutschnationalen. Die SPD hat einen ersten Kampf gegen die Deutschnationalen überhaupt nicht geführt, sondern nur versucht, in der Betonung ihrer nationalsozialistischen Gesinnung die Deutschnationalen zu überbieten. So erklärte Serner in einer Wahlversammlung: „Wir Sozialdemokraten sind deutsch und national, aber nicht deutschnational!“ Mit der bekannten schwarz-weißen roten Plakatschmähung des deutschnationalen Bürgermeisters betrieb sie mit Unterstützung des Reichsherrn ihre Propaganda für ein „Wahlrechtsgeld“. Nicht eine einzige proletarische Klassenforderung wurde von der SPD im Wahlkampf aufgestellt, dagegen betrieb sie eine verlogene Hetze gegen die KPD. Sie bewogte sich nicht nur damit, die „Verbannten nach Sibirien“ von Trakt und Sinowjew als Hauptziele zu gebrauchen, sondern griff sogar zu dem vor dem Kriege von den Deutschnatio-

nalen gebrauchten Mittel der Sozialabtreibung, um den Kommunisten die Abhaltung von Versammlungen unmöglich zu machen. Sogar das Gemeindefaßhaus wurde den Kommunisten gesperrt. Das Reichsbanner kommunisten in den Dienst dieses Kampfes gegen die KPD gestellt wurde, verlor sich von selber. Die Gewerkschaftsvorstände taten das gleiche und gaben Gewerkschaftsgeld dafür her, so besonders bei den Buchdruckern, Holzarbeitern und dem Fugewerksbund. Durch diese Mittel war es der SPD möglich, eine umfassende Propaganda durch Plakate, Wahlzettelungen, Versammlungen usw. zu betreiben. Dazu kommt, daß die SPD in Potsdam eine eigene Tageszeitung hat. So gelang es der SPD, einen erheblichen Teil des Kleinbürgertums einzulagern, das gegen die Deutschnationalen, besonders gegen deren kommunale Wirtschaft, der Erhöhung der städtischen Tarife, des Straßenbahngeldes und der Subventionen für den Stahlhelm und andere rechten Kampfverbände, erbittert ist. Die Deutschnationalen waren klug genug, diese Erbitterung nicht nach dadurch zu steigern, daß sie den Stahlhelm zur Wahlpropaganda heranzogen.

Der geringe Erfolg der Kommunisten gegenüber der Reichstagswahl im Dezember 1924 und der Verlust gegenüber der Stadtverordnetenwahl vom 1. März ergibt sich zum größten Teile aus der zahlenmäßigen Schwäche unserer Organisation. Potsdam mit seinem überwiegend kleinbürgerlichen Geist ist natürlich der Koalitionspolitik der SPD günstiger eingestellt als dem von den Kommunisten propagierten Klassenkampf. Immerhin hätte die Organisation einen härteren Erfolg erzielen können, wenn unsere Genossen verstanden hätten, eine stärkere Aktivität in der Propaganda und in der Schaffung von Verbindungen mit den mit der Partei sympathisierenden Arbeitern zu entfalten. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie hat es durch die verschiedenen Manipulationen fettiggebracht, unteren Einfluß in den Gewerkschaften herabzumindern. So wurde derjenige Gewinn aus dem Gewerkschaftsfortschritt, welcher Propaganda unter den Erwerbslosen ausgeschloß.

Wenn also unter Berücksichtigung dieser Umstände das Wahlergebnis in Potsdam für die Kommunisten keineswegs als eine Niederlage anzusehen ist, so gibt es uns doch die Lehre, auch unter den ungünstigsten Umständen alle Kräfte an die Stärkung unserer Einflüsse in den Gewerkschaften und Sportorganisationen, in den Arbeiterquartieren, unter den Frauen zu setzen, um für die rote Kampfrufen Weltkriegs zu gewinnen und sie aus der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien und der SPD zu lösen. Die einwirkende Wahlbewegung für die Reichstags- und Landtagswahlen hat dazu die beste Gelegenheit. Jede Stimme für die Kommunisten muß den Willen zum Kampf gegen das Trüppolitkapital und den Bürgerblock, gegen die Koalitionspolitik verkörpern. Das soll auch die Lehre der Wahlen von Potsdam sein.

„Der Bürgerblock besteht nicht mehr“

Das war das Motto der am Sonntag in Leipzig stattgefundenen Parteikonferenz der SPD. Vippinski, der von der NSD wieder zur SPD zurückgekehrte Vorsitzende des Bezirks, hielt das Referat. Er unterrichtete die Erfüllungspolitik der SPD. Die Erfüllungspolitik würde jetzt weiter fortgeführt werden. Vippinski verkündete, der Bürgerblock sei in die Brüche gegangen. Man müsse ein für allemal ein Ende gemacht werden. Vippinski meinte damit die Bürgerblock-Regierung. Kein Wort lagte er aber davon, daß der praktische Bürgerblock, der Zusammenschluß aller deutschen Kapitalisten, nach wie vor besteht, daß die außerparlamentarische Front der Unternehmern gegen die Arbeiter besteht. Auch vermied es Vippinski zu sagen, was dann gegen den Bürgerblock getrieben sollte. Die Frage der Koalitionserregung trat er sich nach dem Bericht der Leipziger Volkspolizei nicht anzuwenden. Er redete die alte Phrase, man müsse die Republik mit lokalen Anhalt erhalten. Das ist der einzige Satz, der auf die doch klar bestehende Koalitionspolitik hinweist. In der Aussprache, an der sich nur zwei Redner beteiligten, wurde ebenfalls diese Frage umgangen. Dafür hießte Verzet die Frage des Kampfes gegen die Kommunisten. Vippinski griff im Schlusswort die Kommunalliste auf, der Einfluß der Kommunisten vermindern. Zu Rückhalt lagte er, nach der Volkspolizei: „Sogar in Rügenland konsolidiert sich der bürgerliche Staat, wenn auch unter der Form einer antihäretischen Diktatur.“ Erkläre mit Graf Trindler, diesen Juxtapost der Natur. In dem Blödsinn Vippinskis kann man wirklich nichts schreiben. Wie man den bürgerlichen Staat unter einer antihäretischen Diktatur aufbaut, das wird wohl das Geheimnis Vippinskis bleiben. Wir wollen ihm dies Geheimnis nicht hehrlig machen.

Die politische Resolution spricht auch kein Wort von der Koalitionspolitik. Sie enthält nur billige Forderungen gegen den Bürgerblock. Zur Politik nach der Wahl wurde eine Entschliesung angenommen, daß ein Parteitag einberufen werden sollte. Bedeutung hat diese Entschliesung nicht. Es ist ganz klar, daß die SPD in eine Koalitionserregung will. Serner erklärte, man müsse jetzt mindestens 4 Jahre in der Regierung bleiben. Die Annahme eines solchen Antrages soll nur dem Betrug der Arbeiter dienen. Nun, wir werden im Wahlkampf die Mandate der SPD entlarven.

Als Spitzenkandidat der SPD, Wahlkreis Leipzig, wurde Vippinski aufgestellt. Die zweite Stelle hat Sauer. Minna Schilling wurde von der 5. Stelle an die letzte gesetzt.

Der frivole Rhoebus-Bericht

Oftentlichlich zur Verwirrung der Öffentlichkeit druckte der größte Teil der bürgerlichen Abendpresse den letzten Saemisch-Bericht über die Rhoebus-Unternehmungen, der dem Reichstag zugegangen ist, vollinhaltlich ab. Der Bericht, der offensichtlich darauf abzielt, die gesamten Korruptionsunternehmungen des Reichswehrministeriums auf einzelne Personen, vornehmlich aber auf den Kapitän Vohmann abzuschieben und alle höheren Stellen, wie die für die gesamten Korruptionsfälle wirklich verantwortliche Bürgerblockregierung, das Reichswehrministerium und die Marineleitung, reinzuwaschen, sowie auch die Mißhandlung früherer Kabinette zu verurteilen, ist eine ganz handballische Fällung der wirklichen Tatsachen.

Der Abend-Vorwärts, das Organ jener SPD-Führer, die durch ihre Mitgliedschaft an früheren Kabinetten wahrscheinlich nicht ganz unbeschädigt an diesen Korruptionsfällen sind und die wahrscheinlich v. a. auch aus diesem Grunde der Bürgerblockregierung bei der Vertuschung des gesamten Standes eifrig Hilfsmittel darbieten, hat diesen Bericht ganz und gar in die Politik der SPD fühler ein, nachdem er bis jetzt immer noch so etwas wie „Opposition“ gegenüber dem Rhoebus-Standal gemint hatte. Der Abend-Vorwärts ist eifrig bemüht, nun auch seinerseits den Kapitän Vohmann als den allein Verantwortlichen für den Rhoebus-Standal und die anderen Korruptionsunternehmungen hinzustellen, indem er schreibt:

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Vertuschung an derartigen Unternehmungen ohne volle Untersuchung und ohne Genehmigung der Vorgesetzten pflichtwidrig war... Des weiteren haben sowohl der Reichsfinanzminister a. D. Reinhold wie auch Reichswehrminister Geßler und der Admiral Jänker nichts davon gemerkt, daß es sich bei der ihnen vom Kapitän Vohmann mitgeteilten selbstverschuldeten Mißgarantie der Pläne nur um eine formale zur Verschleiierung der Reichsgarantie gehandelt habe“ usw.

Die Rote Fahne schreibt zu dem letzten veröffentlichten falschen Rhoebus-Bericht:

„Der Bericht wurde hergestellt von dem Schuldigen selbst, und zwar von Reichswehr- und Reichsmarineleitung in Zusammenarbeit mit Saemisch und März. Es wird versucht,

einige finanzielle Transaktionen des Kapitän Vohmann preiszugeben. Selbst die Größe, die man nicht mehr zu verheimlichen mag, werden selbst, entsetzt berichtet. Mit einem Male ist der Kapitän Vohmann der Alleinverantwortliche. Dem Chef der Marineleitung erzählt man nur nebenbei, daß er beim Rhoebus-Direktor Kores zu Gast gewesen ist.“

Die Rote Fahne zitiert einige demokratische Veröffentlichungen, wie Berliner Kurier, Reichliche Zeitung, Berliner Tageblatt, die alle nichts zu diesem plumpen Schwindel zu sagen haben. Nur der Abend-Vorwärts findet, daß der Bericht sehr ungenau sei. Die Dresdner Volkszeitung, die vorige Woche noch triumphierend verkündete, daß die SPD die Regierung überwunden habe, den Bericht zu verheimlichen, muß jetzt selber zugestehen, daß die Ausgabe des Berichts eine Durchführung der Volkspolizei ist. Die Volkszeitung berichtet den Bericht als Volksausgabe. Die Volkspolizei verurteilt den Bericht als Volksausgabe. Die Volkspolizei verurteilt den Bericht als Volksausgabe. Die Volkspolizei verurteilt den Bericht als Volksausgabe. Die Volkspolizei verurteilt den Bericht als Volksausgabe.

Ein neuer Rememordprozess

Berlin, 13. März. (Eigener Drahtbericht). Am 10. März sollte vor dem Schoungericht in Stettin der Rememordprozess gegen den Leutnant Heintz und Genossen beginnen. Die Verhandlung ist auf den 26. März vertagt, wird aber wahrscheinlich erst im April stattfinden, da noch kein Beschluß vorliegt.

Ein Maulkorb für Dr. Birch

Die Reichliche Zeitung meldet, daß Dr. Birch vom badischen Zentrum als Kandidat zur Reichstagswahl nur aufgestellt wird, wenn er bestimmte Bindungen eingeht. Eine Kandidatur ohne diese Bindungen ist unwahrscheinlich. Die Reaktion wird gefahren werden durch die Kandidatur des Monarchistischen Juristen von Heimlich, und die rechte Gruppe durch eine Kandidatur Dr. Hermanns. Als Reichsbannerleute verhandeln und Monarchisten bestimmen Mandate! — Trotzdem ist das Zentrum koalitionsfähig für die Sozialdemokratie.

Eine Stadt durch Bergarbeit verhäufelt

300 Tote, 200 Verletzte. Nach Blättermeldungen aus Santos sind durch einen Bergsturz auf Montserrat große Vermägen angerichtet worden. Zahlreiche Häuser und viele Straßen sind verhäufelt worden. Nach ergänzenden Meldungen aus Rio de Janeiro hatte der Erdrutsch von Santos noch weitläufigere verhängnisvollere Folgen als die ersten Meldungen erkennen ließen. Die Zahl der Toten soll sich auf 300 und die der Verletzten auf 200 belaufen. Bis jetzt sind 150 Leichen geborgen worden. Die Regierung hat 2000 Mann Truppen aufgeboten, um die Opfer der Katastrophe zu bergen.

Nach Berichten von Augenzeugen ist der Erdrutsch ganz und gar verheerend aufgetreten. Es hatte den Anschein, als ob der in der Nähe von Santos gelegene Berg Montserrat plötzlich sich vorwärts bewegte. Kurz darauf rollten unjähliche Klatschbänke unter donnerähnlichem Getöse auf die Stadt herab. Man glaubte einen Augenblick lang, daß der ganze Berg die Stadt verhäufelt wird. Tatsächlich gab aber nur der Zug des Berges nach. Man befürchtete zwar noch weitere Erdrutsche, da durch den Erdrutsch ein Teil des Berges vollständig unterhöhlt wurde. Das Krankenhaus Santa Coia de la Misericordia, das etwas außerhalb der Stadt liegt, wurde von den Erdbällen merkt zerstört und vollständig zerstört. Sämtliche Kränke wurden zerstört. Bis jetzt wurden allein aus den Trümmern des Krankenhauses 42 Leichen geborgen. Ein Familienpensionat, das in der Nähe des Krankenhauses lag, wurde ebenfalls vollständig zerstört und die 20 Bewohner getötet.

Die Aufräumungsarbeiten dürften mehrere Wochen in Anspruch nehmen, da das Gewicht der niedergegangenen Erdballen auf mehrere Millionen Tonnen geschätzt wird. Die Ursache der Katastrophe dürfte in den vorausgegangen lang andauernden Regenfälle zu suchen sein, wodurch im Inneren des Berges wesentliche geologische Veränderungen hervorgerufen wurden.

30 Arbeiter verhäufelt

Aus Mexiko wird gemeldet, daß in der Grube „Aurora“ der Tezintlan durch schlagende Wetter 30 Arbeiter verhäufelt wurden.

6 Eisenbahner getötet

Aus Riva wird gemeldet, daß auf der Eisenbahnlinie von Riva nach Sionne 6 Arbeiter von einem Zug überfahren und getötet wurden. Eine Gruppe von 24 Arbeitern war mit der Ausbesserung einer Linie beschäftigt. Beim Herannahen eines Zuges begab sich die Gruppe auf eine Nebenbahn, wobei jedoch im gleichen Augenblick ein entgegengehender Zug, ebenfalls ein Zug herandrangte, von dem dann 6 Arbeiter überfahren wurden.

... (Vertical text in the left margin, partially obscured)

... (Vertical text in the right margin, partially obscured)